



Protokoll des Zürcher Kantonsrates

109. Sitzung, Montag, 4. Mai 2009, 9.15 Uhr

Vorsitz: *Regula Thalmann (FDP, Uster)*

Esther Hildebrand (Grüne, Illnau-Effretikon)

Verhandlungsgegenstände

1. Mitteilungen

- Zuweisung von neuen Vorlagen Seite 7070
- Gesuche um persönliche Vertretung im Rat Seite 7071
- Gratulation an die neue Regierungspräsidentin
Regine Aepli..... Seite 7074
- Rede der abtretenden Ratspräsidentin..... Seite 7074
- Dokumentationen im Sekretariat des Rathauses
 - *Protokollauflage*..... Seite 7070
 - *Petition* Seite 7071

2. Eintritt von zwei neuen Mitgliedern des Kantonsrates

für die aus dem Kantonsrat zurückgetretenen Robert Marty, Affoltern a.A., und Romana Leuzinger, Zürich.. Seite 7072

3. Wahl der Geschäftsleitung des Kantonsrates für das Amtsjahr 2009/2010

(Präsidium, 2 Vizepräsidien, 4 Mitglieder des Sekretariates und 8 übrige Mitglieder)

(Antrag der Interfraktionellen Konferenz)

KR-Nr. [128/2009](#)..... Seite 7077

4. Wahl eines Mitglieds der Geschäftsprüfungskommission

für die aus dem Kantonsrat ausgetretene Romana
Leuzinger, Zürich

(Antrag der Interfraktionellen Konferenz)

KR-Nr. [136/2009](#) Seite 7086

5. Wahl eines Mitglieds der Kommission für Wirtschaft und Abgaben

für den aus dem Kantonsrat ausgetretenen Robert
Marty, Affoltern a.A.

(Antrag der Interfraktionellen Konferenz)

KR-Nr. [137/2009](#) Seite 7087

6. Wahl eines Mitglieds der Justizkommission

für die aus der Kommission ausgetretene Regine
Sauter, Zürich

(Antrag der Interfraktionellen Konferenz)

KR-Nr. [138/2009](#) Seite 7088

7. Wasserqualität der Glatt

Postulat von Susanne Rihs (Grüne, Glattfelden) vom
19. Januar 2009

KR-Nr. [12/2009](#), Entgegennahme, keine materielle

Behandlung Seite 7088

8. Härtefallkommission

Postulat von Lorenz Schmid (CVP, Männedorf), Andreas
Federer (CVP, Thalwil) und Nicole

Barandun (CVP, Zürich) vom 19. Januar 2009

KR-Nr. [13/2009](#), Entgegennahme, keine materielle

Behandlung Seite 7089

9. Überprüfung der spezialisierten Spitex-Versorgung im Kanton Zürich

Postulat von Erika Ziltener (SP, Zürich), Susanne Bernasconi (FDP, Zürich) und Heidi Bucher (Grüne, Zürich) vom 9. Februar 2009

KR-Nr. [38/2009](#), Entgegennahme, keine materielle Behandlung..... *Seite 7089*

10. Bezug elektrischer Energie durch den Kanton Zürich

Postulat von Stefan Krebs (SVP, Pfäffikon), Hans-Heinrich Heusser (SVP, Seegräben) und Lorenz Habicher (SVP, Zürich) vom 9. Februar 2009

KR-Nr. [39/2009](#), Entgegennahme, keine materielle Behandlung..... *Seite 7090*

11. Zweijährige Grundbildung mit Berufsattest in der kantonalen Verwaltung

Postulat von Susanna Rusca (SP, Zürich), Lars Gubler (Grüne, Uitikon) und Kurt Leuch (EVP, Oberengstringen) vom 27. April 2009

KR-Nr. [129/2009](#), Antrag auf Dringlichkeit..... *Seite 7090*

12. Keine Entlassung von Lehrabgängern in die Arbeitslosigkeit

Postulat von Karin Maeder (SP, Rüti), Kurt Leuch (EVP, Oberengstringen) und Lars Gubler (Grüne, Uitikon) vom 27. April 2009

KR-Nr. [130/2009](#), Antrag auf Dringlichkeit..... *Seite 7093*

13. Verordnung Berufsbildungsfonds

Postulat von Markus Späth (SP, Feuerthalen), Kurt Leuch (EVP, Oberengstringen) und Ralf Margreiter (Grüne, Zürich) vom 27. April 2009

KR-Nr. [131/2009](#), Antrag auf Dringlichkeit..... *Seite 7095*

Verschiedenes

- Fraktions- oder persönliche Erklärungen
 - *Erklärung der SVP-Fraktion zum Verkehrschaos im Vorfeld der Eröffnung der Westtangente..... Seite 7099*
- Einladung zum Apéro Seite 7100
- Neu eingereichter parlamentarischer Vorstoss Seite 7101

Geschäftsordnung

Ratspräsidentin Regula Thalmann: Das Wort wird nicht verlangt. Die Traktandenliste ist in der vorliegenden Form genehmigt.

1. Mitteilungen

Zuweisung von neuen Vorlagen

Zuweisung an die Kommission für Staat und Gemeinden:

- **Gemeindegesetz**
Vorlage [4593](#)

Zuweisung an die Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit:

- **Differenzierte Datensysteme im Polis**
Vorlage [4595](#)

Zuweisung an die Kommission für Bildung und Kultur:

- **Gesetz über die Jugendheime und Pflegekinderfürsorge**
Vorlage [4596](#)

Zuweisung an die Kommission für Planung und Bau:

- **Änderung des kantonalen Siedlungsplans**
Vorlage [4597](#)

Dokumentation im Sekretariat des Rathauses

Im Sekretariat des Rathauses liegt zur Einsichtnahme auf:

- Protokoll der 108. Sitzung vom 27. April 2009, 8.15 Uhr.

Petition

Ratspräsidentin Regula Thalmann: Am letzten Montag hat mir die FDP des Kantons Zürich eine Petition zum Thema «Stopp Jugendgewalt» übergeben. Die Petition ist von 1100 Personen unterzeichnet. Sie schlägt neu konkrete Massnahmen vor, mit denen Jugendgewalt eingedämmt werden soll und kann. Die vorgeschlagenen Massnahmen liegen in der Befugnis des Regierungsrates. Die Petition ist darum dem Regierungsrat zur Beantwortung innert sechs Monaten übergeben worden. Ein Exemplar liegt im Ratssekretariat zur Einsichtnahme der Mitglieder des Kantonsrates auf.

Gesuche um persönliche Vertretung im Rat

Ratspräsidentin Regula Thalmann: Im Zusammenhang mit der Einzelinitiative [122/2009](#) von Herbert Ruckstuhl betreffend Nutzung von leerstehenden Häusern ist das Gesuch gestellt worden, dass der Einreicher seine Einzelinitiative persönlich während zehn Minuten vor dem Rat begründen und an den Verhandlungen mit beratender Stimme teilnehmen darf. Dies ist gemäss Paragraph 130 Absatz 2 des Gesetzes über die politischen Rechte möglich, wenn wenigstens ein Viertel der anwesenden Ratsmitglieder dieses Gesuch unterstützt.

Wünscht jemand das Wort dazu? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Zuerst stellen wir fest, ob ein Viertel der anwesenden Ratsmitglieder das Gesuch unterstützt. Die Tür ist zu schliessen und die Anwesenden drücken nun bitte die Präsenztaste.

Es sind 158 Ratsmitglieder anwesend. Um das Gesuch zu bewilligen braucht es somit mindestens 40 Stimmen.

Abstimmung

Das Gesuch um persönliche Vertretung im Rat wird von 97 Ratsmitgliedern unterstützt. Damit ist das notwendige Quorum von 40 Stimmen erreicht. Dem Gesuch um persönliche Vertretung der Einzelinitiative [122/2009](#) wird stattgegeben.

Ratspräsidentin Regula Thalmann: Somit hat Herbert Ruckstuhl das Anrecht darauf, an der materiellen Beratung im Rat mit beratender Stimme teilzunehmen.

Wir haben noch über ein zweites Gesuch zu befinden. Im Zusammenhang mit der Einzelinitiative [123/2009](#) von Doktor Laurenz Steinlin

betreffend kommunales Ausländerrecht ist auch das Gesuch gestellt worden, dass der Einreicher seine Einzelinitiative persönlich während zehn Minuten vor dem Rat begründen und an den Verhandlungen mit beratender Stimme teilnehmen darf. Dies ist, wie ich schon gesagt habe, gemäss Paragraf 130 Absatz 2 des Gesetzes über die politischen Rechte möglich, wenn wenigstens ein Viertel der anwesenden Ratsmitglieder dieses Gesuch unterstützt.

Das Wort dazu wird nicht gewünscht. Wir haben die Tür ja geschlossen gehalten. Es sind immer noch 158 Ratsmitglieder anwesend und es braucht somit mindestens 40 Stimmen.

Abstimmung

Das Gesuch um persönliche Vertretung im Rat wird von 91 Ratsmitgliedern unterstützt. Damit ist das notwendige Quorum von 40 Stimmen erreicht. Dem Gesuch um persönliche Vertretung der Einzelinitiative [123/2009](#) wird stattgegeben.

Ratspräsidentin Regula Thalmann: Somit hat Doktor Laurenz Steinlin Anrecht darauf, an der materiellen Beratung im Rat mit beratender Stimme teilzunehmen.

2. Eintritt von zwei neuen Mitgliedern des Kantonsrates

für die aus dem Kantonsrat zurückgetretenen Robert Marty, Affoltern a.A., und Romana Leuzinger, Zürich

Ratspräsidentin Regula Thalmann: Wir dürfen heute zwei neue Ratsmitglieder begrüßen, und zwar anstelle von Robert Marty, Affoltern am Albis, und Romana Leuzinger, Zürich. Die Direktion der Justiz und des Innern hat uns folgende Verfügung zukommen lassen.

Ratssekretär Bernhard Egg verliest die Verfügungen der Direktion der Justiz und des Innern: «Verfügung der Direktion der Justiz und des Innern vom 17. April 2009: Ersatzwahl eines Mitglieds des Kantonsrates für die Amtsdauer 2007 bis 2011 im Wahlkreis VIII, Affoltern. Gestützt auf Paragraf 108 des Gesetzes über die politischen Rechte vom 1. September 2003 wird verfügt:

Als Mitglied des Kantonsrates im Wahlkreis VIII, Affoltern, wird für den auf den 27. April 2009 zurücktretenden Robert Marty (Liste Freisinnig-Demokratische Partei) als gewählt erklärt:

*Kurt Weber, Flugkapitän,
wohnhaft in Ottenbach.*

Verfügung der Direktion der Justiz und des Innern vom 17. April 2009: Ersatzwahl eines Mitglieds des Kantonsrates für die Amtsdauer 2007 bis 2011 im Wahlkreis II, Stadt Zürich, Kreise 3 und 9.

Gestützt auf Paragraf 108 des Gesetzes über die politischen Rechte vom 1. September 2003 wird verfügt:

Als Mitglied des Kantonsrates im Wahlkreis II, Stadt Zürich, Kreise 2 und 9, wird für die auf den 30. April 2009 zurücktretende Romana Leuzinger (Liste Sozialdemokratische Partei) als gewählt erklärt:

*Thea Mauchle, Berufsschullehrerin, Historikerin,
wohnhaft in Zürich.»*

Ratspräsidentin Regula Thalmann: Ich bitte, die Gewählten eintreten zu lassen.

Kurt Weber und Thea Mauchle, die Direktion der Justiz und des Innern hat Sie als Mitglieder des Kantonsrates als gewählt erklärt. Bevor Sie Ihr Amt ausüben können, haben Sie gemäss Paragraf 5 des Kantonsratsgesetzes das Amtsgelübde zu leisten.

Ich bitte, die Tür zu schliessen. Die Anwesenden im Ratsaal und auf der Tribüne erheben sich. Ich bitte den Ratssekretär, das Amtsgelübde zu verlesen.

Ratssekretär Bernhard Egg verliest das Amtsgelübde: «Ich gelobe als Mitglied dieses Rates, Verfassung und Gesetze des Bundes und des Kantons Zürich zu halten, die Rechte der Menschen und des Volkes zu schützen und die Einheit und Würde des Staates zu wahren. Die Pflichten meines Amtes will ich gewissenhaft erfüllen.»

Ratspräsidentin Regula Thalmann: Kurt Weber, Sie leisten das Amtsgelübde, indem Sie mir die Worte nachsprechen «Ich gelobe es».

Kurt Weber (FDP, Ottenbach): Ich gelobe es.

Ratspräsidentin Regula Thalmann: Thea Mauchle, Sie leisten das Amtsgelübde, indem Sie mir die Worte nachsprechen «Ich gelobe es».

Thea Mauchle (SP, Zürich): Ich gelobe es.

Ratspräsidentin Regula Thalmann: Ich danke Ihnen und heisse Sie herzlich willkommen. Sie können Ihre Plätze im Ratsaal einnehmen. Die Anwesenden im Ratssaal und auf der Tribüne können sich wieder setzen, die Tür kann geöffnet werden.

Das Geschäft ist erledigt.

Gratulation an die neue Regierungspräsidentin Regine Aepli

Ratspräsidentin Regula Thalmann: Am 1. Mai 2009 hat Regierungsrätin Regine Aepli das Amt als Regierungspräsidentin übernommen. Regine Aepli ist seit dem Jahr 2003 Mitglied des Regierungsrates und übt das Amt der Regierungspräsidentin zum ersten Mal aus.

Liebe Regine, herzliche Gratulation, alles Gute für dein Präsidialjahr, welches du in einem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld wirst ausüben dürfen und müssen. (*Applaus. Die Ratspräsidentin überreicht der Regierungspräsidentin einen Blumenstrauss.*)

Rede der abtretenden Ratspräsidentin

Ratspräsidentin Regula Thalmann: «Noch 32 Tage Geduld, dann wird die Schweiz im Spiel gegen die Tschechische Republik die Fussball-Europameisterschaft eröffnen.», so habe ich meine Antrittsrede als Kantonsratspräsidentin vor fast genau einem Jahr begonnen. Noch sieben Tage Geduld und wir wissen, wer Eishockey-Weltmeister sein wird. Dass ich – als Sportbanause – mein Präsidialjahr mit einem sportlichen Grossereignis beginnen und es mit einem weiteren sportlichen Grossereignis abschliessen würde, hätte ich mir, als ich mich für

diese «Laufbahn» entschied und Sie mir, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, dazu das Vertrauen schenkten, nicht träumen lassen.

Zwischen diesen beiden Fixpunkten liegt ein Ratsjahr, das für mich wie im Flug vorüberging; ein Jahr, das nicht nur Würde und Nachtesen, sondern auch ein gutes Mass an Arbeit brachte. Die Vorbereitung der Rats- und Geschäftsleitungssitzungen schüttelt man nicht einfach so aus dem Ärmel. Und die Montage auf dem Bock, auch mit zwei tollen, ausgezeichneten und hilfsbereiten Vizes, sind nicht ohne! Da ist ein häufiges Kommen und Gehen, da kann es schon passieren, dass man den Faden verliert, nicht alles mitbekommt und sogar zu Unzeiten einem Ratsmitglied das Wort entzieht. (*Heiterkeit.*)

Ich habe ein Jahr lang mit Ihnen das Spiel aller Spiele ausserhalb des Sports – das Spiel der demokratischen Politik – betrieben. Und ich darf feststellen, dass Sie, wie ich es mir erhofft hatte, bei aller Härte meist fair spielten, die Regeln einhielten und mich so nicht in die Rolle des Schiedsrichters drängten. Und wenn auch am Ende der Debatten oft Differenzen blieben und das Volk in Abstimmungen zu entscheiden hatte oder haben wird, so gehört das zu unserem politischen System.

Wenn ich nun zurückdenke, so ist es für mich das Jahr der Volksinitiativen und der dringlichen Postulate. Nicht weniger als zwölf Volksinitiativen und 16 dringliche Postulate haben wir beraten, vier dringliche Postulate harren noch der Behandlung und drei wollen heute noch dringlich erklärt werden. Gefordert haben mich die KPB (*Kommission für Planung und Bau*) mit einem «kleinen» Geschäft, dem Objektkredit zur Erstellung des Zürichseeweges, mit drei Minderheitsanträgen, also Abstimmung nach dem Cup-System, und die SP-Fraktion mit ihrem Paradigmawechsel beim Steuergesetz: Wie ist der folgerichtige Ablauf der Beratung?

Bei den vielen Anlässen, zu denen ich dank meines Amtes eingeladen war, kam ich mit Menschen verschiedenster Herkunft in Kontakt und es eröffneten sich mir zum Teil für kurze Zeit Welten, die ich kaum je wieder betreten werde. Die spannendste Begegnung war diejenige mit Professor Doktor Rolf Dieter Heuer, dem Generaldirektor des Teilchenphysiklabors des Cern. Und an Spannung kaum zu überbieten war die Bundesratswahl! Daneben aber gab es auch kleine Freuden, wie die Auslosung der Eishockeytickets oder den Einbau der Raucherkabine. (*Heiterkeit.*)

Ich danke meiner Fraktion, dass sie mich nominiert hat, und ich danke Ihnen, liebe Ratskolleginnen und -kollegen von Herzen, dass Sie mir im letzten Mai Ihr Vertrauen geschenkt – ich hoffe, sie mussten es nicht bereuen – und mir dieses unbeschreibliche Jahr ermöglicht haben. Ich war mit Leib und Seele, Freude und Lust Ratspräsidentin. Aber ehrlich gesagt: Ich habe mir ab und an kürzere Voten gewünscht, damit wir mit dem Abbau der Traktandenliste vorangekommen wären. Sie hätten ja nicht ganz so kurz sein müssen wie Peter Ritschards Votum am 30. März 2009 bei der Behandlung der Parlamentarischen Initiative zur Änderung des Steuergesetzes [350/2008](#). Sie erinnern sich? Hier ist es, ich zitiere: «Die EVP hofft, dass diese PI so schnell umgesetzt wird, wie dieses Votum dauert.» (*Heiterkeit.*)

Ein überaus herzliches Dankeschön verdienen meine Vizepräsidentin (*Esther Hildebrand*) und mein Vizepräsident (*Gerhard Fischer*). Sie haben mich tatkräftig und hervorragend unterstützt und waren auch einem Spruch oder Spass auf dem Bock nicht abgeneigt. Wir waren ein tolles Team, finde ich, der Oberländer Bock! Herzlichen Dank Esther, herzlichen Dank Geri!

Ein grosser und herzlicher Dank geht an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Parlamentsdienste und den Leiter der Parlamentsdienste, Doktor Bruno Rickenbacher. Sie alle waren mir eine grosse Stütze und Hilfe.

Und ganz herzlichen Dank auch dem Standesweibel Peter Sturzenegger, seinem Stellvertreter Willy Gentsch und der Weibelin Ruth Gutjahr. Herzlichen Dank auch den Polizistinnen und Polizisten, die für unsere Sicherheit sorgen, allen voran Heinz Beusch, Jolanda Bosshard und Helen Müller. Die drei wissen, dass ich ein Morgenmuffel bin, und es tat jeweils so gut, von ihnen am frühen Montagmorgen mit einem strahlenden Lachen im Rathaus empfangen zu werden.

Ich danke aber auch dem gesamten Regierungsrat und dem Staatschreiber (*Beat Husi*) für die gute Zusammenarbeit. Und ein besonderer Dank geht an den Regierungspräsidenten des letzten Amtsjahres, Doktor Markus Notter. Wir beide waren sehr oft an Anlässen!

Ich bedanke mich bei meinen Kolleginnen und Kollegen der Geschäftsleitung für die guten Diskussionen und die, wie ich meine, gute Zusammenarbeit.

Ein herzliches Danke auch allen Medienschaffenden, die Montag für Montag unserer Wählerschaft kundtun, was hier in diesem ehrwürdigen Saal von ihren Kantonsrätinnen und Kantonsräten geleistet wird.

Der speziellste Dank aber geht an meine Familie und im ganz Besonderen an meinen Mann Hansruedi. Er hat mich tatkräftig unterstützt, mir in diesem Jahr den Rücken frei gehalten und es mir so ermöglicht, dass ich mich ganz meinem Amt widmen konnte. Herzlichen Dank!

Nicht nur für uns Anwesende hier ist es ein besonderer Tag, nein auch für den Kanton Zürich. Heute kann erstmals die Westumfahrung benutzt werden. Ob wohl alle die neue Route auch finden werden? Ich habe nämlich gelesen, dass diese in den Navigationssystemen noch nicht einprogrammiert sei. Dies dauere noch ein paar Wochen! So lange müssen wir bei unserem heutigen Wechsel nicht warten. Mein «Nachfolgegerät» ist bestens programmiert! Schreiten wir zur Wahl! Ich danke Ihnen. (*Anhaltender kräftiger Applaus.*)

3. Wahl der Geschäftsleitung des Kantonsrates für das Amtsjahr 2009/2010

(Präsidium, 2 Vizepräsidien, 4 Mitglieder des Sekretariates und 8 übrige Mitglieder)

(Antrag der Interfraktionellen Konferenz)

KR-Nr. [128/2009](#)

Ratspräsidentin Regula Thalmann: Zuerst müssen wir das Präsidium neu besetzen. Gemäss Paragraf 13 des Kantonsratsgesetzes ist geheime Wahl vorgeschrieben.

Peter Reinhard (EVP, Kloten), Präsident der Interfraktionellen Konferenz (IFK): Die Interfraktionelle Konferenz schlägt Ihnen fürs Präsidium vor:

- Präsidentin: Esther Hildebrand, Grüne, Illnau-Effretikon,*
1. Vizepräsident: Gerhard Fischer, EVP, Bäretswil,
2. Vizepräsident: Jürg Trachsel, SVP, Richterswil.

Ratspräsidentin Regula Thalmann: Ich führe nur noch die Wahl der Präsidentin durch. Vorgeschlagen wird Esther Hildebrand, Grüne, Illnau-Effretikon. Wird der Vorschlag vermehrt? Das ist nicht der Fall. Wir schreiten zur Wahl.

Die Tür ist zu schliessen. Ich bitte die Stimmenzähler, die Anwesenden zu zählen.

Es sind 167 Ratsmitglieder anwesend. Die Wahlzettel können ausgeteilt, ausgefüllt und anschliessend wieder eingesammelt und dann gleich gezählt werden.

Ich habe eine Korrektur: Es sind 166 Ratsmitglieder anwesend.

Die geheim vorgenommene Wahl ergibt folgendes Resultat:

Anwesende Ratsmitglieder	166
Eingegangene Wahlzettel.....	166
Davon leer	6
Davon ungültig.....	1
Massgebende Stimmenzahl.....	159
Absolutes Mehr	80
Gewählt ist Esther Hildebrand mit.....	151 Stimmen
Vereinzelte	8 Stimmen
Gleich massgebende Stimmenzahl von	159 Stimmen

Ratspräsidentin Regula Thalmann: Esther, ich gratuliere dir ganz herzlich zu deiner ehrenvollen Wahl, wünsche dir Erfolg und Befriedigung in deinem Amt und bitte dich, auf meinem Stuhl Platz zu nehmen.

(Anhaltender kräftiger Applaus. Regula Thalmann und Esther Guyer überreichen der frisch gewählten Ratspräsidentin Esther Hildebrand je einen Blumenstrauss.)

Ratspräsidentin Esther Hildebrand: Herzlichen Dank für Ihr Vertrauen, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, das Sie mir mit dieser Wahl ausgesprochen haben. An dieser Stelle benütze ich gerne die Gelegenheit, auch meinerseits Regierungsrätin Regine Aepli zu ihrer Wahl zur Präsidentin des Regierungsrates zu gratulieren. Ich freue mich sehr auf unser gemeinsames Jahr an der Spitze der Zürcher Behörden.

Allen voran danke ich meinen Wählerinnen und Wählern des Bezirkes Pfäffikon, die mich im Jahr 2007 zu einer zweiten Legislatur in den Rat gewählt haben. Ohne diese Wahl könnte ich jetzt ja nicht auf dieser Kanzel Platz nehmen. Und natürlich schliesse ich in diesen Dank meine Grüne Fraktion ein, die mich vor zwei Jahren als zweite Vizepräsidentin nominiert und mir so diesen Weg geebnet hat.

(Die Votantin spricht den folgenden Abschnitt in Mundart.) Einen speziellen Gruss schicke ich auf die Tribüne. Ich danke meiner Familie: meinem Lebenspartner Martin, meinen Töchtern Rahel und Lea, meinem Sohn Tobias sowie ihren Partnerinnen und Partnern, meinem Bruder Hansueli und seiner Frau Dominique. Und ich habe das grosse Glück, dass auch meine Eltern – sie beide notabene grüne Mitglieder der ersten Stunde – auf der Tribüne sitzen. Ihr habt mich alle in allen Lebenslagen unterstützt und mich mit Geduld und Liebe umsorgt. Danke vielmals.

Ein weiterer besonderer Gruss geht an den Stadtrat und Gemeinderat Illnau-Effretikon, an die grünen Parteipräsidentinnen und Parteipräsidenten, an die anwesenden Freundinnen und Freunde und selbstverständlich an meine Arbeitskolleginnen und Vorgesetzten des Schweizerischen Roten Kreuzes des Kantons Zürich, die grosszügig über meine kommenden Minusstunden während des Amtsjahres hinwegsehen werden (*Heiterkeit*).

Jeder Anfang ist auch ein Abschied. Ich darf heute Regula Thalmann als Ratspräsidentin verabschieden und danke ihr im Namen des Kantonsrates für das vergangene Amtsjahr. Liebe Regula, du hast uns vor einem Jahr in deiner Rede an die Parallelen zwischen Sport und Politik erinnert und uns präventiv die Spielregeln dargelegt. Du hast uns stets kompetent durch alle Wogen und Stürme des Ratsbetriebes gelei-

tet. Manchmal warst du Schiedsrichterin, manchmal «Captain», fallweise Linienrichterin – und dabei immer auf Fairness bedacht. Die gelben und roten Karten hast du nur im Notfall verteilt, und nicht immer gingen die roten Karten an die Roten. Du hast uns fünf Stichtescheide beschert, einen Apéro gestrichen, einige Male das Wort entzogen oder das Mikrofon abgestellt, hast uns aufgemuntert und sehr oft – das wissen wir alle – vergeblich zur Ruhe gemahnt, und das immer mit viel Charme und gleichzeitig mit Bestimmtheit.

Gerhard Fischer und ich konnten viel von deiner Erfahrung profitieren und es gab so manche Episode hier auf dem Oberländer Bock, die ich nicht missen möchte. Aber das bleiben Interna (*Heiterkeit*).

Liebe Regula, ich danke dir herzlich für dein Engagement. Und ich habe die Ehre, dir als Anerkennung deiner Dienste für unseren Kanton die höchste Auszeichnung zu überreichen. Es ist der silberne Löwe – ich zeige ihn nachher noch –, Sinnbild für Stärke und Mut. Unsere Wünsche begleiten dich auf deinem weiteren Lebensweg. Und ich wünsche dir im Namen von uns allen vorerst einmal eine Verschnaufpause. Du darfst nun den Platz Nummer 164 wieder einnehmen. Ich bin sicher, dass dich deine Ratskolleginnen und Ratskollegen mit offenen Armen empfangen werden. (*Die Ratspräsidentin überreicht Regula Thalmann den silbernen Löwen und einen Blumenstrauss. Anhaltender kräftiger Applaus.*)

Thomas Vogel (FDP, Illnau-Effretikon): Sehr herzliche Gratulation zur Wahl, Frau Kantonsratspräsidentin! Ich möchte die schöne Tradition weiterführen, dass sich die Fraktion bei der abtretenden Ratspräsidentin ganz kurz bedankt, liebe Regula.

Ich empfehle allen Ratskolleginnen und Ratskollegen, sich gelegentlich für einen Austausch mit jugendlichen Besucherinnen und Besuchern zur Verfügung zu stellen. Das Feedback zum Kantonsrat als Vorbild ist zum Teil beinhart. Lärm und «Geläuf» im Rat, eine Atmosphäre wie in einem Bistro irritiert die Zuschauerinnen und Zuschauer sehr. Letztmals wurde diese Kritik laut von einer Schulklasse, als ich persönlich es eigentlich gar nicht so schlimm empfunden habe (*Heiterkeit*). Offenbar gewöhnt man sich daran, was nicht gut ist. Du, Regula, hast regelmässig die Glocke bedient und versucht, uns zu domestizieren, ab und zu sogar mit Erfolg. Als Klassenprima hast du die 180-köpfige Klasse der Verhaltensoriginellen – um das noch einmal zu bemühen – im Griff gehabt. Den Flohzirkus hast du gebändigt mit

Witz, Charme und Kompetenz. Aber du hast auch mit gebotener Durchsetzungskraft den Rat geführt. Und du hast ein paar wirklich gute Stichentscheide getroffen (*Heiterkeit*).

Deine Leistung ist für uns Ansporn, wieder regelmässiger Freisinnige auf dem Bock zu sehen, denn wir können das offensichtlich «schaurig» gut. Du hast unserer Fraktion Ehre gemacht und wir sind sehr stolz auf dein Wirken, welches natürlich weit über die Leistung der Kantonsratssitzungen hinausgegangen ist. Die Rückmeldungen waren stets unisono positiv. Du hast mit deiner gewinnenden Art dem Kantonsrat ein sympathisches Gesicht gegeben. Sehr herzlichen Dank hierfür, liebe Regula, nicht nur im Namen der FDP-Fraktion, sondern sicher aller Kolleginnen und Kollegen. Und willkommen wieder im Kreise deiner Fraktion! (*Kräftiger Applaus. Thomas Vogel überreicht Regula Thalman einen Blumenstrauss.*)

Ratspräsidentin Esther Hildebrand: «Gewählt, nicht auserwählt» heisst der Titel meiner kurzen Antrittsrede.

Es ist ein besonderer Tag heute – für mich, für meine Familie und für die Grünen. In der Geschichte des Kantons Zürich bin ich erst die zweite grüne Ratspräsidentin.

Etwas vom Schwierigeren in diesem Jahr ist wirklich diese Antrittsrede. Was möchte ich Ihnen sagen? Oder vielmehr: Was möchten Sie hören? Es ist für mich und alle Ratspräsidentinnen und Ratspräsidenten immer wieder eine freudige Gelegenheit, in diesem Rahmen einige Worte an Sie richten zu dürfen. Heute darf ich – entgegen den Gepflogenheiten während der ordentlichen Sitzungen – ausnahmsweise vom Bock herab auch eine politische Aussage machen. Natürlich haben Sie als Politikerinnen und Politiker bereits alle Botschaften und Visionen einmal gehört und lauschen trotzdem geduldig Jahr für Jahr den honorigen Worten der eben gewählten Person. Sie wissen also bereits, dass ich nachhaltig, eigenverantwortlich, gradlinig, unparteiisch, wohlwollend, exakt und immer gut gelaunt die Sitzungen des Parlamentes ein Jahr lang leiten werde.

«Gewählt, nicht auserwählt» lautet nämlich der Titel unserer hauseigenen Broschüre; vielleicht kennen Sie diese. Darüber möchte ich sprechen und dieser Titel bewegt mich zur Frage an mich, an Sie, an uns alle: Sind wir uns immer bewusst, dass wir alle nur gewählt sind? Oder meinen wir nicht manchmal, auserwählt zu sein? Sind wir auserwählt, dass wir hier im Kantonsrat oder im Regierungsrat sitzen?

Nein, wir wurden gewählt! Sind wir auserwählt, dass wir hier in der Schweiz leben und nicht sonst wo in der Welt? Nein, wo wir geboren wurden, das hat der Zufall bestimmt, genauso wie er bestimmt, mit wem zusammen wir hier leben. In jeder Generation werden neue Menschen hier geboren. In jeder Generation aber kommen auch Menschen aus andern Kantonen und Ländern zu uns mit dem festen Willen, in unserem Kanton eine neue Heimat zu finden und ihren aktiven gesellschaftlichen Beitrag zu leisten. Damit dies positiv geschehen kann, ist es notwendig, dass wir als Politikerinnen und Politiker gute Rahmenbedingungen schaffen. Dies gilt für die hier Geborenen genauso wie für die neu Hinzugekommenen. Alle, die hier sind, sollen sich aktiv in die Gesellschaft einbringen können, selbstbestimmt und selbst gewählt!

Meine Vorfahren zum Beispiel haben zirka 1899 entschieden, hier in der Schweiz ihr Zelt aufzuschlagen. Mein Urgrossvater wanderte als Handwerksbursche aus Mitteldeutschland ein und fand noch vor der Jahrhundertwende Arbeit in Schaffhausen. Er war ein Bauernsohn aus Sachsen bei Halle an der Saale, von Beruf Optiker und ausgestattet mit viel Weitsicht und Initiative. Obwohl Ausländer, er politisch aktiv – das war verboten – und setzte sich für soziale Gerechtigkeit ein. Bald wurde er wegen politischem Vergehen und politischen Aktivitäten als Ausländer ausgewiesen und mehrfach an die Grenze gestellt. Mehrere Male gelang ihm die Rückkehr über die grüne Grenze. Schliesslich war er mit einer Schaffhauserin verheiratet und hatte drei Kinder. Er wollte zurück in seine neue Heimat, die aber noch nicht wirklich Heimat war. Am 9. November 1914 wurde er dann ohne Kosten eingebürgert. Dank dieser Einbürgerung musste er nicht in den Krieg einrücken, der damals in Europa tobte.

Ich habe hier die Landrechts-Urkunde, datiert von 1914 aus dem Kanton Schaffhausen. (*Die Ratspräsidentin zeigt dem Rat die gerahmte Urkunde.*) Das ist das Original, von Hand geschrieben. Sie hängt als Erinnerung an einen unerschrockenen Menschen, den ich leider nie gekannt habe, über meinem Arbeitsplatz.

Die Hartnäckigkeit meines Urgrossvaters hat sich also gelohnt. Er und dann seine Kinder bauten sich hier eine gute Existenz auf. Sie wurden aufgenommen. Einer seiner Söhne, mein Grossvater, wurde Staats-schreiber und persönlicher Berater von Nationalrat – und beinahe Bundesrat – Walter Bringolf. Und ich darf nun als Nachfahrin eines Ausgeschafften diesen Rat hier leiten, selbst gewählt! Denn ich – wie Sie alle hier im Rat – bin frei zu gehen, wohin ich will. Was für ein Privileg! Wie die Geschichte zeigt, können das nur sehr wenige auf dieser Welt.

Darum ist es unsere Aufgabe, offen zu sein für die Probleme unserer Gesellschaft. Dies gelingt uns aber nur, wenn wir mit andern zusammenarbeiten. Nur so können wir die Probleme lösen, das haben Sie schon oft gehört. Nicht immer ist es einfach, vor allem bei Themen wie dem Schutz unseres Klimas, der Finanzkrise mit all den ganz real bedrohlichen Auswirkungen oder wenn wir es zu tun haben mit Flüchtlinge vor Krieg, Unterdrückung oder Zukunftslosigkeit. Kommen wir da nicht allzu oft an unsere Grenzen? An Grenzen der Politik, an Grenzen unseres Könnens und – fallweise – unserer Menschlichkeit?

Und doch, seien wir ehrlich: Es stellt – selbst angesichts der schwierigen Probleme – dennoch wirklich ein Privileg dar, in unserer komfortablen Position an Lösungen mitarbeiten zu dürfen. Ich hatte dieses Privileg schon im Parlament von Illnau-Effretikon und jetzt hier im Kantonsrat. Auf jeder Stufe, egal in welchem Gremium, egal in welcher Kommission, konnte ich mich einbringen, Paroli bieten, für mein politisches Credo eintreten – immer mit dem Fokus, dass meine Mitarbeit einen Teil zur Lösung beiträgt.

Ja, und nun sitze ich hier auf diesem Bock. Und ich bin froh, nicht allein zu sein. Es wird leider kein Frauenbock mehr sein und auch kein Oberländer Bock. Aber es wird ein richtiger Multikulti-Bock mit grosser Parteienvielfalt: EVP, Grüne, SVP. Wir werden gemeinsam unser Bestes geben und den Rat durch das neue Amtsjahr führen.

Ich schliesse mit meinem Lieblingszitat: «Glück ist, wenn Gelegenheit auf Bereitschaft trifft.» Manchmal ist man bereit, hat aber einfach keine Gelegenheit. Manchmal hätte man Gelegenheit, ist aber einfach nicht bereit. Und heute trifft nun auf mich beides zu, dank Ihrer Wahl.

Ich freue mich auf die neue Aufgabe und habe geschlossen. (*Kräftiger Applaus.*)

Ratspräsidentin Esther Hildebrand: Wir kommen nun zur Wahl des ersten Vizepräsidenten. Auch hier ist geheime Wahl vorgeschrieben. Vorgeschlagen wird Gerhard Fischer, EVP, Bäretswil. Wird der Vorschlag vermehrt. Das ist nicht der Fall.

Wir zählen nicht nochmals aus, denn es hat niemand den Saal verlassen. Ich bitte, die Stimmzettel zu verteilen.

Die geheim vorgenommene Wahl ergibt folgendes Resultat:

Anwesende Ratsmitglieder	166
Eingegangene Wahlzettel.....	166
Davon leer	10
Davon ungültig.....	0
Massgebende Stimmenzahl.....	156
Absolutes Mehr	79
Gewählt ist Gerhard Fischer mit	130 Stimmen
Vereinzelte	26 Stimmen
Gleich massgebende Stimmenzahl von	156 Stimmen

(*Kräftiger Applaus. Die Ratspräsidentin überreicht Gerhard Fischer einen Blumenstrauss.*)

Ratspräsidentin Esther Hildebrand: Wir schreiten nun zur Wahl des zweiten Vizepräsidenten. Auch hier ist geheime Wahl vorgeschrieben. Vorgeschlagen ist Jürg Trachsel, SVP, Richterswil. Wird der Vorschlag vermehrt? Das ist nicht der Fall.

Wir sind immer noch gleich viele Anwesende, nämlich 166. Damit schreiten wir zur Wahl. Ich bitte, die Stimmzettel zu verteilen.

Die geheim vorgenommene Wahl ergibt folgendes Resultat:

Anwesende Ratsmitglieder.....	166
Eingegangene Wahlzettel.....	166
Davon leer	19
Davon ungültig	1
Massgebende Stimmenzahl	146
Absolutes Mehr	74
Gewählt ist Jürg Trachsel mit.....	117 Stimmen
Vereinzelte.....	29 Stimmen
Gleich massgebende Stimmenzahl von.....	146 Stimmen

(Kräftiger Applaus. Die Ratspräsidentin überreicht Jürg Trachsel einen Blumenstrauss.)

Ratspräsidentin Esther Hildebrand: Die Tür kann geöffnet werden. Wir kommen nun zur Wahl von vier Sekretären. Diese Wahl kann offen durchgeführt werden oder wird ein anderer Antrag gestellt? Das ist nicht der Fall.

Peter Reinhard (EVP, Kloten), Präsident der IFK: Die Interfraktionelle Konferenz schlägt Ihnen zur Wahl vor:

*Bernhard Egg, SP, Elgg,
Andreas Erdin, GLP, Wetzikon,
Regula Thalmann, FDP, Uster,
Bruno Walliser, SVP, Volketswil.*

Ratspräsidentin Esther Hildebrand: Werden die Vorschläge vermehrt? Das ist nicht der Fall. Ich erkläre die Vorgeschlagenen als Mitglieder des Sekretariates und der Geschäftsleitung für gewählt. Ich gratuliere Ihnen zur Wahl.

Wir kommen nun zur Wahl von acht Mitgliedern der Geschäftsleitung. Diese Wahl kann offen durchgeführt werden oder wird ein anderer Antrag gestellt? Das ist nicht der Fall.

Peter Reinhard (EVP, Kloten), Präsident der Interfraktionellen Konferenz (IFK): Die Interfraktionelle Konferenz schlägt Ihnen zur Wahl vor:

*Stefan Dollenmeier, EDU, Rüti,
Hans Frei, SVP, Watt-Regensdorf,
Nicolas Galladé, SP, Winterthur,
Esther Guyer, Grüne, Zürich,
Philipp Kutter, CVP, Wädenswil,
Ruedi Lais, SP, Wallisellen,
Ursula Moor, SVP, Höri,
Thomas Vogel, FDP, Illnau-Effretikon.*

Ratspräsidentin Esther Hildebrand: Werden die Vorschläge vermehrt? Das ist nicht der Fall. Ich erkläre die Vorgeschlagenen als Mitglieder der Geschäftsleitung für gewählt. Ich gratuliere Ihnen zur Wahl.

Das Geschäft ist erledigt.

4. Wahl eines Mitglieds der Geschäftsprüfungskommission

für die aus dem Kantonsrat ausgetretene Romana Leuzinger, Zürich
(Antrag der Interfraktionellen Konferenz)

KR-Nr. [136/2009](#)

Peter Reinhard (EVP, Kloten), Präsident der Interfraktionellen Konferenz (IFK): Die Interfraktionellen Konferenz schlägt Ihnen vor:

Martin Naef, SP, Zürich.

Ratspräsidentin Esther Hildebrand: Wird der Vorschlag vermehrt? Das ist nicht der Fall. Die Wahl kann offen durchgeführt werden oder wird geheime Wahl beantragt? Das ist nicht der Fall.

Es liegt nur ein Wahlvorschlag vor. Ich erkläre hiermit Martin Naef als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission für gewählt. Ich gratuliere ihm zu seiner Wahl.

Das Geschäft ist erledigt.

5. Wahl eines Mitglieds der Kommission für Wirtschaft und Abgaben

für den aus dem Kantonsrat ausgetretenen Robert Marty, Affoltern a.A.

(Antrag der Interfraktionellen Konferenz)

KR-Nr. [137/2009](#)

Peter Reinhard (EVP, Kloten), Präsident der Interfraktionellen Konferenz (IFK): Die Interfraktionelle Konferenz schlägt Ihnen zur Wahl vor:

Regine Sauter, FDP, Zürich.

Ratspräsidentin Esther Hildebrand: Wird der Vorschlag vermehrt? Das ist nicht der Fall. Diese Wahl kann offen durchgeführt werden oder wird geheime Wahl beantragt? Das ist nicht der Fall.

Da nur ein Wahlvorschlag vorliegt, erkläre ich Regine Sauter als Mitglied der Kommission für Wirtschaft und Abgaben für gewählt. Ich gratuliere ihr zur Wahl.

Das Geschäft ist erledigt.

6. Wahl eines Mitglieds der Justizkommission

für die aus der Kommission ausgetretene Regine Sauter, Zürich
(Antrag der Interfraktionellen Konferenz)

KR-Nr. [138/2009](#)

Peter Reinhard (EVP, Kloten), Präsident der Interfraktionellen Konferenz (IFK): Die Interfraktionelle Konferenz schlägt Ihnen zur Wahl vor:

Kurt Weber, FDP, Ottenbach.

Ratspräsidentin Esther Hildebrand: Wird der Vorschlag vermehrt? Das ist nicht der Fall. Diese Wahl kann offen durchgeführt werden oder wird geheime Wahl beantragt? Das ist nicht der Fall.

Da nur ein Wahlvorschlag vorliegt, erkläre ich Kurt Weber als Mitglied der Justizkommission für gewählt. Ich gratuliere ihm zur Wahl.

Das Geschäft ist erledigt.

7. Wasserqualität der Glatt

Postulat von Susanne Rihs (Grüne, Glattfelden) vom 19. Januar 2009

KR-Nr. [12/2009](#), Entgegennahme, keine materielle Behandlung

Ratspräsidentin Esther Hildebrand: Der Regierungsrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Wird ein anderer Antrag gestellt?

Othmar Kern (SVP, Bülach): Ich verlange Diskussion.

Ratspräsidentin Esther Hildebrand: Es ist Ablehnung des Postulates beantragt. Das Postulat bleibt auf der Geschäftsliste.

Das Geschäft ist vorläufig erledigt.

8. Härtefallkommission

Postulat von Lorenz Schmid (CVP, Männedorf), Andreas Federer (CVP, Thalwil) und Nicole Barandun (CVP, Zürich) vom 19. Januar 2009

KR-Nr. [13/2009](#), Entgegennahme, keine materielle Behandlung

Ratspräsidentin Esther Hildebrand: Der Regierungsrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Wird ein anderer Antrag gestellt?

Regine Sauter (FDP, Zürich): Wir verlangen Diskussion.

Ratspräsidentin Esther Hildebrand: Es ist Ablehnung des Postulates beantragt. Das Postulat bleibt auf der Geschäftsliste.

Das Geschäft ist vorläufig erledigt.

9. Überprüfung der spezialisierten Spitex-Versorgung im Kanton Zürich

Postulat von Erika Ziltener (SP, Zürich), Susanne Bernasconi (FDP, Zürich) und Heidi Bucher (Grüne, Zürich) vom 9. Februar 2009

KR-Nr. [38/2009](#), Entgegennahme, keine materielle Behandlung

Ratspräsidentin Esther Hildebrand: Der Regierungsrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Wird ein anderer Antrag gestellt? Das ist nicht der Fall.

Das Postulat 38/2009 ist überwiesen.

Das Geschäft ist erledigt.

10. Bezug elektrischer Energie durch den Kanton Zürich

Postulat von Stefan Krebs (SVP, Pfäffikon), Hans-Heinrich Heusser (SVP, Seegräben) und Lorenz Habicher (SVP, Zürich) vom 9. Februar 2009

KR-Nr. [39/2009](#), Entgegennahme, keine materielle Behandlung

Ratspräsidentin Esther Hildebrand: Der Regierungsrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Wird ein anderer Antrag gestellt?

Robert Brunner (Grüne, Steinmaur): Ich verlange Diskussion.

Ratspräsidentin Esther Hildebrand: Es ist Ablehnung des Postulates beantragt. Das Postulat bleibt auf der Geschäftsliste.

Das Geschäft ist vorläufig erledigt.

11. Zweijährige Grundbildung mit Berufsattest in der kantonalen Verwaltung

Postulat von Susanna Rusca (SP, Zürich), Lars Gubler (Grüne, Uitikon) und Kurt Leuch (EVP, Oberengstringen) vom 27. April 2009

KR-Nr. [129/2009](#), Antrag auf Dringlichkeit

Susanna Rusca (SP, Zürich): Aktuell ist die Lehrstellensituation noch nicht so dramatisch wie bei den Lehrabgängerinnen und Lehrabgängern, aber im Laufe der Krise wird der Bedarf an Lehrstellen wieder ansteigen. In der Rezession ist es immer so, dass Firmen, bevor sie Personal entlassen, nicht mehr einstellen oder befristete Verträge nicht verlängern. Es dürfte in der Tendenz auch auf die Lehrstellen zutreffen. Es trifft überproportional Jugendliche, welche in eine Lehre einstellen wollen oder die Lehre abschliessen. Dass zukünftig aber vor allem Jugendliche mit schwachen schulischen Leistungen auf dem heutigen Lehrstellenmarkt keinen adäquaten Ausbildungsplatz finden, ist bedenklich und verantwortungslos. Wir müssen jetzt handeln, denn wer meint, diese Situation sei nicht so schlimm, es sei wirklich nicht nötig, etwas gegen die drohende Jugendarbeitslosigkeit zu tun, der täuscht sich gewaltig. Wir müssen unserem Nachwuchs Sorge tragen,

ihm eine Perspektive geben. Die Wirtschaft braucht ausgebildete junge Leute auf allen Ebenen, in allen Branchen, auf jedem Niveau.

Mit einer breiten Palette von Vorstössen wollen wir nun Jugendarbeitslosigkeit verhindern. Wir wollen nicht, dass Jugendliche auf der Strecke bleiben, denn voraussichtlich wird der Gang zur Vorsorge dann schon vorprogrammiert. Um auch Jugendliche mit weniger gutem schulischen Rucksack eine soziale und berufliche Perspektive zu bieten, sind dringend zweijährige Grundbildungen mit Attest zu fördern. Deshalb ist die kantonale Verwaltung nun aufgefordert, ja dazu prädestiniert, hier aktiv zu werden. Höchste Zeit, denn wir wissen, dass es praktisch keine Attestlehre in der kantonalen Verwaltung gibt. Die vielen Aufgaben der kantonalen Verwaltung und ihrer Betriebe erlauben ein breites Spektrum von Lehrberufen auf diesem Niveau.

Ich bitte Sie, dieses Postulat als dringlich zu erklären. Vielen Dank.

Martin Arnold (SVP, Oberrieden): Erlauben Sie mir eine kurze Vorbemerkung zu allen drei Postulaten, die jetzt dringlich erklärt werden sollen: Aus meiner Sicht sind sie nichts anderes als die blosse Kopie von Schlagzeilen aus der Tagespresse. Sie bedienen und unterstreichen Klischees, die von Ihrer Seite immer wieder gern unterstützt werden. Wir wissen, dass die Situation bei den Attestlehren sich bereits im Jahr 2008 entschärft hat. Für 2009 sind die Angebote und Zahlen stabil. Es kann davon ausgegangen werden, dass auch im Kanton Zürich in der kantonalen Verwaltung, dort, wo dies eben möglich ist, Attestausbildungsplätze angeboten werden. Es gilt aber zu berücksichtigen, dass in den verschiedenen Branchen die Attestlehre zuerst gemacht werden und dann schlussendlich auch bewilligt werden muss vom zuständigen eidgenössischen Amt. Und da hapert es noch ein bisschen, das ist tatsächlich so.

Somit laufen also das dringliche Postulat und auch die Dringlichkeit absolut ins Leere. Was Sie damit erreichen, ist ein Bericht, aber keine Veränderung der Situation. Ich bitte Sie, mit mir zusammen die Dringlichkeit nicht zu unterstützen.

Lars Gubler (Grüne, Uitikon): Die Attestlehre ist eine der innovativsten Neuerungen im schweizerischen Berufsbildungssystem der letzten Jahre. Sie ist ein niederschwelliges Ausbildungsangebot für Schulabgängerinnen und -abgänger, die Mühe haben, eine Lehrstelle zu finden. Sie ist aber auch für den Ausbildungsbetrieb interessant, der be-

triebswirtschaftlich von einem Attestlehrling profitieren kann. Letzterer kommt auf diesem Weg zur ersten Berufserfahrung, die auf dem Arbeitsmarkt dann ja sofort gefragt ist. Fürs Jahr 2009 waren Ende März 6545 neue Lehrverträge für die zwei- bis vierjährigen beruflichen Grundbildungen offiziell registriert. Diese Anzahl liegt weit unter dem Niveau des Vorjahres. Bei der zweijährigen Grundbildung EBA (*Grundbildung mit eidgenössischem Berufsattest*) gibt es eine erfreuliche Zunahme an neuen Lehrverträgen um 20 Prozent gegenüber dem Vergleichsmonat im Vorjahr. Gerade in der sich verschärfenden Lage im Ausbildungsmarkt für junge Erwachsene braucht es eine rasche Umsetzung dieses sehr tauglichen Mittels. Wir Grüne sind überzeugt, dass der Kanton hier eine Vorreiterrolle übernehmen und von den neuartigen Ausbildungsplätzen profitieren kann. Es ist immer noch besser, von vornherein eine niederschwellige Ausbildung anzubieten, als im Nachhinein Arbeitslosengeld und Sozialhilfe zu bezahlen. In diesem Sinne: Unterstützen Sie mit uns die Dringlichkeit!

Kurt Leuch (EVP, Oberengstringen): Die drei Postulate, um deren Dringlichkeitserklärung es heute geht, zielen alle in die gleiche Richtung. Schulabgänger oder Lernende, die ihre Lehre beendet haben, sollen nicht auf der Strasse stehen. Die Wirtschaftskrise ist da und mit ihr auch der Stellenabbau, der vor allem auch die schwächsten Teilnehmer am Arbeitsmarkt trifft. Es ist dringlich, dass den Schulabgängern und Lernenden Mut gemacht wird, dass sie Perspektiven haben und nicht einfach auf der Strasse stehengelassen werden. Unterstützen Sie die Dringlichkeit dieser drei Postulate und setzen Sie damit im Bereich Arbeitsmarkt ein Zeichen, dass Sie die Jugend nicht im Stich lassen! Die EVP wird die Dringlichkeit der Postulate unterstützen.

Regine Sauter (FDP, Zürich): Ich spreche nur zur Dringlichkeit, und zwar gleich zu Traktandum 11 und 12. Wir lehnen die Dringlichkeit bei beiden Geschäften ab, weil wir nicht der Ansicht sind, dass hier überstürztes Handeln angezeigt ist, sondern dass es – wenn schon – eine sorgfältige Analyse der Situation braucht. Es würde im Übrigen, wenn wir hier die Dringlichkeit bejahen würden, auch keinen Unterschied für die diesjährigen Lehrabgängerinnen und oder Stellensuchenden machen. Wenn Sie rechnen: Zuerst hat der Regierungsrat vier Wochen Zeit für eine Postulatsstellungnahme, anschliessend ein Jahr

für einen Bericht. Er kann sich hier also aus unserer Sicht ruhig auch mehr Zeit lassen und eine sorgfältige Analyse vornehmen.

Zum Materiellen: Wir werden das Postulat bezüglich der Attestausbildung unterstützen. Uns interessiert, wie sich die Regierung hierzu stellt. Und wir möchten auch hören, ob sie hier Möglichkeiten für eine Verbesserung sieht. Nicht überweisen werden wir hingegen das andere Postulat, weil wir hier der Ansicht sind, dass dies ein zu tief greifender Eingriff ist und auch die Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger in der Privatwirtschaft benachteiligt würden.

Corinne Thomet (CVP, Kloten): Ganz kurz: Wenn der Regierungsrat seine eigenen strategischen Leitlinien umsetzen will und dies auch tut, dann braucht es jetzt nicht, diese zwei Postulate dringlich zu überweisen. Das Thema ist selbstverständlich ein Thema für die CVP, aber nicht für zwei dringliche Postulate. Besten Dank.

Abstimmung

Der Antrag auf Dringlicherklärung wird von 67 Ratsmitgliedern unterstützt. Damit ist das Quorum von 60 Stimmen erreicht. Das Postulat ist dringlich erklärt. Der Regierungsrat hat dazu innert vier Wochen begründet Stellung zu nehmen.

Das Geschäft ist erledigt.

12. Keine Entlassung von Lehrabgängern in die Arbeitslosigkeit

Postulat von Karin Maeder (SP, Rüti), Kurt Leuch (EVP, Obereggstringen) und Lars Gubler (Grüne, Uitikon) vom 27. April 2009

KR-Nr. [130/2009](#), Antrag auf Dringlichkeit

Karin Maeder (SP, Rüti): Besonders schmerzlich trifft die Wirtschaftskrise, wie wir bereits gehört haben, viele Jugendliche in diesem Kanton. Sie finden nämlich nach der Lehre keine Anstellungen, es bleibt wirklich im wahrsten Sinne des Wortes «die Leere nach der Lehre». Wir fordern deshalb, dass der Kanton seine Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger, die keine Anschlusslösung finden, bis Maximum 18 Monate weiterbeschäftigt, eine Forderung, die letzte Woche

auch von Bundesrätin Doris Leuthard gestellt wurde – deshalb bin ich etwas erstaunt über die Haltung der CVP heute Morgen – und die vom Arbeitgeberverband und – man höre, man höre, Martin Arnold! – auch vom Gewerbeverband und vom Gewerkschaftsbund unterstützt wird. Die Dringlichkeit ergibt sich daraus, dass bis zum Abschluss der Lehrverhältnisse nur noch vier Monate dazwischen liegen. Bis zu diesem Zeitpunkt muss diese Forderung in Kraft und umgesetzt sein, damit die Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger nahtlos in der Verwaltung eingesetzt werden können. Sie werden da Gelegenheit erhalten, Erfahrungen zu sammeln, wichtige Erfahrungen, die oft die Voraussetzung sind für eine Anstellung. Ich bitte Sie dringend, diese Dringlichkeit zu unterstützen. Wir werden dann bereits in fünf Wochen inhaltlich debattieren und, so hoffe ich, der Regierung diesen wichtigen Auftrag auch erteilen können. Ich danke Ihnen für die Unterstützung.

Martin Arnold (SVP, Oberrieden): Auch hier gehe ich davon aus, dass die Verwaltung bereits heute ihre Verantwortung wahrnimmt. Und ja, es ist so: In der Zwischenzeit seit der Einreichung dieses Postulates und heute hat Bundesrätin Doris Leuthard ja weitere Massnahmen angekündigt, um diesen Lehrabgängern Unterstützung bieten zu können, respektive den Betrieben, die diese Lehrabgänger behalten. Diese Haltung unterstützen wir auch vom Gewerbeverband her. In der Partei ist es noch ein bisschen umstritten. Insofern sind Dringlichkeit und Postulat ein Leerlauf. Dieses läuft absolut ins Leere. Die Massnahmen sind eingeleitet. Es braucht dieses Postulat nicht mehr. Ich bitte Sie aber dennoch, einmal zur Kenntnis zu nehmen, dass zwischen 94 und 95 Prozent der Lehrabgänger eine Anschlusslösung haben. Und, Kurt Leuch, wenn Sie die Sonntagspresse gelesen haben, dann könnten Sie von den Jungen noch etwas lernen zum Thema Zuversicht und Mut. Diese Postulate zeugen von Mutlosigkeit und von wenig Zuversicht. Ich bitte Sie, die Dringlichkeit abzulehnen.

Lars Gubler (Grüne, Uitikon): Bei diesem dringlichen Postulat haben wir es mit einem echten sozialen Problem zu tun: mit der Jugendarbeitslosigkeit. Denn wenn Jugendliche schon ganz am Anfang ihres Berufslebens Probleme haben, eine Stelle zu finden, dann werden sie es auch später nicht leichter haben. Der Aufschwung der letzten Jahre hat sich auch auf den Arbeitsmarkt positiv ausgewirkt, mit Verspätung sogar bei den 15- bis 24-Jährigen. Jetzt, wie in jedem Abschwung, fal-

len junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wieder als erste raus. Denn auch wenn der Lehrbetrieb während drei Jahren in sie investiert hat, kann er es sich jetzt unter Umständen nicht mehr leisten, die fertig ausgebildeten jungen Erwachsenen weiter zu beschäftigen. Gerade hier ist der Kanton Zürich als grosser und attraktiver Anbieter von Lehrstellen gefragt. Er kann mit der Weiterbeschäftigungsgarantie einen Teil des Problems abfedern. Der Kanton soll nach innovativen Weiterbeschäftigungsmöglichkeiten für diejenigen Lehrabgänger suchen, die sonst auf der Strasse stehen würde. Der «Sonntag» titelte gestern: «Firmen haben ein Herz für Lehrabgänger». Fassen Sie sich also ein Herz und unterstützen Sie mit uns Grünen die Dringlichkeit!

Abstimmung

Der Antrag auf Dringlicherklärung wird von 67 Ratsmitgliedern unterstützt. Damit ist das Quorum von 60 Stimmen erreicht. Das Postulat ist dringlich erklärt. Der Regierungsrat hat dazu innert vier Wochen begründet Stellung zu nehmen.

Das Geschäft ist erledigt.

13. Verordnung Berufsbildungsfonds

Postulat von Markus Späth (SP, Feuerthalen), Kurt Leuch (EVP, Obereggstringen) und Ralf Margreiter (Grüne, Zürich) vom 27. April 2009 KR-Nr. [131/2009](#), Antrag auf Dringlichkeit

Markus Späth (SP, Feuerthalen): Wir haben es gehört, sogar Bundesrätin Doris Leuthard hat erkannt: Wir haben ein gröberes Problem im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit, nicht nur an der oberen, auch an der unteren Schnittstelle. Für das Ausbildungsjahr 2009/2010 bleibt uns, so hoffen wir, das Schlimmste auf dem Lehrstellenmarkt erspart. Alle Prognosen sind sich aber einig: Im kommenden Jahr ist mit einer massiven Verschärfung zu rechnen. Doris Leuthard appelliert an alle Beteiligten, und wir hoffen, dass es was bringt.

Im Kanton Zürich haben wir aber mehr als das Prinzip Hoffnung entgegengesetzt. Wir verfügen seit September 2008 über ein Instrument, das genau in schwierigen Zeiten auf dem Lehrstellenmarkt segensreich wirken könnte: den Berufsbildungsfonds. Wenn er denn

rechtzeitig in Kraft gesetzt werden könnte! Und damit bin ich bei der Dringlichkeit. Die Regierung hat im Januar 2009 angekündigt, die Verordnung zum Berufsbildungsfonds frühestens per 1. Januar 2011 in Kraft zu setzen. Das ist zu spät, eindeutig zu spät! Die Bildungsdirektion hat mit der allgemeinen Verordnung zum Berufsbildungsgesetz gezeigt, dass es auch schneller geht. Innerhalb eines halben Jahres samt Vernehmlassung ist das realisierbar. Dass wir uns nicht mit Fiat vergleichen können, die einen europäischen Grosskonzern in wenigen Wochen neu bauen, das ist klar. Aber zumindest sollten wir uns mit dem Bund vergleichen, der letztes Jahr innert weniger Wochen ein hochkomplexes Geschäft wie die Rettung der UBS zustande gebracht hat. Das sollten wir auch von unserer Regierung erwarten. Die schweizerischen Jungparteien machen es uns vor: Sie gehen gemeinsam gegen die Jugendarbeitslosigkeit vor. In diesem Sinne unterstützen Sie bitte die Dringlichkeit!

Werner Scherrer (FDP, Bülach): Lieber Markus Späth, es ist nicht zu spät, wenn es dann eingeführt wird. Zu Beginn waren wir nicht gleicher Meinung, ob es einen Berufsbildungsfonds braucht oder nicht. Jetzt sind wir aber gleicher Meinung, dass wenn dieser Fonds dann schon kommt, er ein Instrument werden soll, das die Wünsche der Befürworter erfüllt, aber auch die Befürchtungen der Gegner berücksichtigt, damit da nichts passieren kann. Dazu braucht es eine seriöse Vorbereitung. Dies hat das MBA (*Mittelschul- und Berufsbildungsamt*) berücksichtigt und einen Terminplan vorgelegt, der «verhebet». Aus diesem Grund wird die FDP-Fraktion weder die Dringlichkeit noch das Postulat unterstützen. Danke.

Martin Arnold (SVP, Oberrieden): Auch hier ist die SVP-Fraktion nicht der Ansicht, dass Dringlichkeit gegeben ist, obwohl wir Ihnen Recht geben müssen, Markus Späth: Es ist tatsächlich so, dass es stossend ist, dass nicht alle Verordnungen gleichzeitig in die Vernehmlassung gegeben worden sind. Insbesondere die Finanzierungsverordnungen hätten uns natürlich speziell interessiert. Es ist aber ein Irrglaube, wenn Sie davon ausgehen, dass mit der schnellen Einführung des Berufsbildungsfonds mögliche Probleme abgedeckt werden sollen. Es ist eine langfristige Geschichte mit diesem Berufsbildungsfonds. Er soll vor allem Betriebe, die ausbilden, unterstützen und

Lehrplätze erhalten – und nicht operative Hektik in einer möglichen Krise zudecken. Ich danke für die Ablehnung der Dringlichkeit.

Lorenz Schmid (CVP, Männedorf): Wir unterstützen hier die Dringlichkeit. Eineinhalb Jahre müssen nach dem Volksentscheid reichen, den Volkswillen umzusetzen. An einer gewerblichen Veranstaltung habe ich von Verwaltungsvertreterinnen und Verwaltungsvertretern vernommen, dass sie nicht so bestrebt seien, den Berufsbildungsfonds möglichst rasch umzusetzen. Diese Haltung hat mich dann ein bisschen irritiert, die Haltung der Verwaltung, Politik gegen den Volkswillen zu betreiben. So nicht! Das Volk hat entschieden. Der Regierungsrat ist gehalten, rasch umzusetzen.

Ratspräsidentin Esther Hildebrand: Das Wort hat Ralf Margreiter, Oberrieden.

Ralf Margreiter (Grüne, Zürich): Oberrieden, liebe Frau Präsidentin, das war auch schon. Es ist wieder Zürich. Und es ist nicht nur das, was mich von Martin Arnold (*wohnt in Oberrieden*) unterscheidet (*Heiterkeit*).

Ich möchte Sie bitten, die Dringlichkeit dieses Postulates zu unterstützen. Es ist zugegebenermassen eine komplexe Angelegenheit, die ganze Finanzierung der Berufsbildung, und ich habe das grösste Verständnis dafür, wenn die zwei anderen Finanzierungsverordnungen zum EG BBG (*Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Berufsbildung*) noch etwas mehr Zeit brauchen. Sie sind auch komplex mit der Bundesebene und dem Masterplan «Höhere Berufsbildung» auf Bundesebene verhängt. Hier aber sollten wir eben die Sache nicht verhängen. Und vor allem sollte die Regierung die Sache nicht verhängen, nämlich: den eindeutigen Volkswillen, einen Berufsbildungsfonds einzuführen, umzusetzen und die nötige Verordnung auf den kommenden Sommer 2010 hin bereits in Kraft setzen. Das sollte nun ohne irgendwelche grösseren Anstrengungen eigentlich möglich sein.

Es ist zu begrüssen, wenn die verschiedenen Interessen und die verschiedenen Seiten der damaligen Auseinandersetzung begrüsst werden mit ihren Vorstellungen für die Umsetzung des Berufsbildungsfonds. Es braucht tatsächlich einen praxisnahen, schlanken und tauglichen Fonds. Aber gerade wenn man ihn so ausgestalten will, dann sollte es umso mehr möglich sein, von jetzt ab gerechnet in fünf Vierteljahren

eine Verordnung herausgegeben und diese durch eine Vernehmlassung geschickt zu haben, um sie dann in Kraft zu setzen. Mir ist auch klar, dass ein Fonds oder eine Berufsbildungskommission nicht vom ersten Tag an funktionieren kann. Aber es soll möglich sein, während des übernächsten Lehrjahres – und davon sprechen wir hier – dann wirklich erste Massnahmen zur Unterstützung der Lehrbetriebe einsetzen zu können.

Ich bitte um Unterstützung der Dringlichkeit.

Claudio Zanetti (SVP, Zollikon): Nur ein Wort zum Votum von Markus Späth: Ich habe volles Verständnis dafür, dass du einen eigenen Vorstoss für dringlich erklären willst. Nur die Begründung dünkt mich doch einigermassen waghalsig. Du hast auf den Bundesrat verwiesen, wie das schnell ging mit der UBS. Wir müssen einfach sehen, wie das passiert ist damals. Der Bundesrat hat sich auf Notrecht berufen, das Parlament ausgeschaltet und schon lief so etwas. Wenn du deinen Vorstoss für dringlich erklären möchtest und dich auf einen Volksentscheid berufst, dann habe ich Verständnis dafür. Aber als Parlamentarier zu bejubeln, dass eine Regierung das Parlament ausschaltet und sich auf Notrecht beruft, finde ich dann schon sehr gefährlich. Wenn du das tust, kannst du das Parlament gleich ganz abschaffen und einfach nur noch der Regierung applaudieren. Das sollten wir also nicht tun! Einverstanden, es soll zügig gehen. Aber einfach zu sagen, «Die sollen vorwärts machen und die Regierung soll alles machen, damit es schneller geht», das ist eines Parlamentariers unwürdig!

Abstimmung

Der Antrag auf Dringlicherklärung wird von 77 Ratsmitgliedern unterstützt. Damit ist das Quorum von 60 Stimmen erreicht. Das Postulat ist dringlich erklärt. Der Regierungsrat hat dazu innert vier Wochen begründet Stellung zu nehmen.

Das Geschäft ist erledigt.

Erklärung der SVP-Fraktion zum Verkehrschaos im Vorfeld der Eröffnung der Westtangente

Hans Frei (SVP, Regensdorf: Ich darf Ihnen eine Fraktionserklärung der SVP-Kantonsratsfraktion verlesen: «Wie man ein Verkehrschaos verursacht.»

Nein, nicht der 1. Mai ist schuld am Verkehrschaos, obwohl man auch über diesen überflüssigen Festtag eine Fraktionserklärung machen könnte. Schuld am Verkehrschaos in der Stadt Zürich ist die rot-grüne Stadtregierung. Diese hat es fertiggebracht, die Spuren der Westtangente an diesem Wochenende auf eine Spur zu reduzieren, obwohl der Üetlibergtunnel noch gar nicht geöffnet war. Am Samstag und am Sonntag hat sich der Verkehr auf der A3, im Ulmbergtunnel, an der Gessnerallee und auf der ganzen Westtangente in beiden Richtungen fast Tag und Nacht gestaut. Die rot-grüne Stadtregierung hat einmal mehr eindrücklich demonstriert, wie der Individualverkehr schikaniert werden kann. Leidtragende dieses Schildbürgerstreichs der rot-grünen Verkehrsverhinderer sind nicht nur die Autofahrer, nein, auch die Anwohner leiden unter den enormen Staus, welche zudem auch zu erheblichen Belastungen infolge Ausweichverkehrs in den Quartieren führen.

Rot-Grün trägt Schuld an den jahrelangen misslichen Verkehrsverhältnissen in der Stadt Zürich. Leider erfolgreich haben Linke gegen die Umfahrung der Stadt Zürich opponiert, was zu einer verminderten Lebensqualität für Zehntausende von Anwohnern führte. Diese Politik des Leidens will Rot-Grün offensichtlich fortsetzen. So werkelt man fröhlich am Zeltweg vor sich hin und der Verkehr staut sich im ganzen Seefeldquartier. Man plant, die Langstrasse für den Individualverkehr zu sperren und am Rosengarten Fussgängerstreifen mit Ampeln zu installieren. Selbstverständlich wird sich Rot-Grün auch gegen weitere

Umfahrungen der Stadt Zürich wehren. Folge davon ist, dass Arbeitnehmer und Gewerbetreibende im Stau stehen. Folge davon ist, dass Anwohner durch die Emissionen, welche der Stau verursacht, belastet werden. Nach dem Willen von Rot-Grün soll Zürich offensichtlich autofrei werden. Eine solche Politik schadet dem Wirtschaftsstandort Zürich. Es darf nicht mehr sein, dass die Stadtregierung Hauptachsen sperrt und ein tägliches Verkehrschaos veranstaltet. Nachdem die Stadtregierung eine dogmatisch verblendete Verkehrspolitik betreibt, fordert die SVP den Regierungsrat auf, in der Stadt Zürich zum Rechten zu sehen! (*Heiterkeit auf der linken Ratsseite.*) Dies zum Wohle der Anwohner, der Arbeitnehmer und des Gewerbes in unserem Kanton!

Einladung zum Apéro

Ratspräsidentin Esther Hildebrand: Wir kommen nun zum Schluss der Sitzung. Ich möchte aber jetzt noch etwas zum bevorstehenden Apéro sagen und bitte Sie, nicht gleich wegzurennen.

Sie sind selbstverständlich alle zum Apéro eingeladen, auch die Gäste auf der Tribüne. Ich möchte noch etwas zu dem sagen, was Sie essen und was Sie trinken werden. Denn das passiert jetzt öfters, dass Sie Bier und Wein trinken und auch essen werden, und ich werde immer ungefähr denselben Wein und dasselbe Bier und denselben Most offerieren. Deshalb möchte ich gerne sagen, wie ich dazu gekommen bin.

Das Essen stammt vom Renggergut. Das Restaurant Renggergut wurde im Jahr 2000 als zweiter Betrieb der Arbeitskette Zürich eröffnet. In dieser Arbeitskette finden Menschen mit einer psychischen Beeinträchtigung nach einer Krise Trainings-, Aus- und Weiterbildungsplätze, die ihnen die soziale und berufliche Integration ermöglichen. Sie werden meine Vorliebe für die mediterrane Küche sofort bemerken.

Der Most stammt aus der Mosterei Brunner, Steinmaur. Wer diese nicht kennt, ist selbst schuld. Der Weisswein ist der «Solaris Demeter» vom Rebberg «Chorb», Stadtkellerei Zürich, Stiftung Fintan. Die Rebsorte «Solaris» ist eine sehr junge Züchtung und besitzt mit ihrem völlig neuen Aromaprofil immer noch Pioniercharakter. In der Nase fruchtige Aromen von Ananas, Pfirsich und süßem Apfel. Er ist mein Lieblingswein. Der Knospe-Bio-Rotwein «Mariahalden Assemblage» von der Martin Stiftung Erlenbach zeigt, was er zu bieten hat: Lebensfreude, Pfiffigkeit, das entspricht mir sehr. Die Assemblage mit Cabernet Jura und Millot Foch duftet nach roten Beeren, schwarzem

Cassis und leichtem Gewürz. Als moderne Institution mit Sitz in Erlenbach am Zürichsee bietet die Martin Stiftung 131 erwachsenen Menschen mit einer geistigen Behinderung differenzierte Wohn- und Arbeitsformen an. Das Kantonsratsbier, das ich dieses Jahr anbiete, ist das Stammheimer Hopfenbräu in der schönen blauen Flasche und wird von der Produzentenfamilie Brigitte und Markus Reutimann von Unterstammheim gebraut. Das Bier ist nicht zu herb, vollmundig und einfach fein.

Ich wünsche Ihnen en Guete. Die geladenen Gäste treffen sich am Hauptbahnhof um 15.50 Uhr bei der S7, Perron 21/22.

Verschiedenes

Neu eingereichter parlamentarischer Vorstoss

– Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus

Parlamentarische Initiative *Elisabeth Derisiotis (SP, Zollikon)*

Schluss der Sitzung: 11.30 Uhr

Zürich, den 4. Mai 2009

Die Protokollführerin:
Heidi Baumann

Vom Ausschuss Ratsprotokolle der Geschäftsleitung genehmigt am 11. Mai 2009.